

Patrick Hauser

# Auswirkungen der Schuldenbremse im Privatrecht



**Nomos**

**Düsseldorfer Rechtswissenschaftliche Schriften**

Herausgegeben von der

Juristischen Fakultät der  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Band 171**

Patrick Hauser

# Auswirkungen der Schuldenbremse im Privatrecht



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8433-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-2808-9 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Dieses Buch war nicht geplant. Angedacht waren ein Vortrag sowie ein Aufsatz, um die Thematik anzureißen und den wissenschaftlichen Diskurs zu eröffnen. Je länger ich mich jedoch mit der Thematik beschäftigt habe, umso klarer wurde, dass die Frage nach den Auswirkungen der Schuldenbremse im Privatrecht zu komplex ist und zu viele potentielle Folgefragen auslöst, um es bei einem Aufsatz zu belassen. So entstand im Verlauf der letzten zwei Jahre dieses Buch, das sicherlich noch Fragen offenlässt, aber hoffentlich einen Anstoß für die weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik bietet.

Zur Entstehung dieses Buches haben ganz unterschiedliche Personen beigetragen: Gedankt sei zunächst Frau *Professorin Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof* für die erste Anregung zu diesem Thema im Zweitgutachten meiner Dissertation sowie Herrn *Juniorprofessor Dr. Jannik Otto*, der stets als inhaltlicher Ansprechpartner zur Verfügung stand. Mein Dank gilt zudem den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Diskussionsrunde am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München am 17. Oktober 2019 für ihre Diskussionsbereitschaft und kritische Fragen in einem frühen Stadium der Auseinandersetzung mit dieser Thematik. Auch möchte ich mich bei den anonymen Reviewern bedanken, die interessante Denkanstöße geliefert und mir dadurch auch aufgezeigt haben, dass das Thema einer umfassenderen Betrachtung bedarf, als dies im Rahmen eines Aufsatzes möglich ist. Ganz besonders danken möchte ich zudem meinem akademischen Lehrer *Professor Dr. Christian Kersting, LL.M. (Yale)*, der mir einerseits jegliche akademische Freiheit belässt, aber andererseits auch immer für Diskussionen zur Verfügung steht, kritische Fragen stellt und mich zugleich auch in diesem Vorhaben bestärkt hat.

Vielen Dank auch an die studentischen Hilfskräfte des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht sowie deutsches und internationales Unternehmens-, Wirtschafts- und Kartellrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf *Timo Bischoff, Lisa Buntenkötter, Amela Delic, Maximilian Flaskühler* und *Mattes Hoffmann* sowie *Leon Kümmel*, die mich beim Korrekturlesen der Arbeit sowie der Zusammenstellung der Literatur unterstützt haben.

*Vorwort*

Der Stiftung Geld und Währung danke ich ganz herzlich für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses zur Veröffentlichung dieser Arbeit.

Düsseldorf, im Oktober 2021

*Patrick Hauser*

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Kapitel 1: Einführung	21
§ 1 Einleitung	21
Kapitel 2: Ausgestaltung und Kontrolle der Schuldenbremse	26
§ 2 Die Schuldenbremse in der Finanzverfassung	26
A. Grundlagen des Haushalts- und Staatsschuldenrechts	26
I. Entscheidung über Einnahmen und Ausgaben	27
1. Grundsatz: Budgethoheit des Parlaments	27
2. Ausnahme: etatloser Zustand	28
a) Ausgabenbewilligungsrecht und Kreditbefugnis der Bundesregierung	28
b) Voraussetzung: fehlendes oder verfassungswidriges Haushaltsgesetz	29
3. Ausnahme: Notbewilligungsrecht des Bundesministers der Finanzen	30
II. Legitimation der Staatsverschuldung	31
III. Unionsrechtliche Vorgaben	32
B. Zur Ausgestaltung der Schuldenbremse	34
I. Einführung der Schuldenbremse durch die Föderalismusreform II	34
II. Die Schuldenbremse als Verbot struktureller Neuverschuldung	35
1. Grundsatz: Haushaltsausgleich ohne Kredite	35
2. Regelverschuldung	37
3. Ausnahmekreditermächtigung	39
§ 3 Rechtspolitisches Bedürfnis einer effektiven Kontrolle der Verschuldungsvorgaben	41
A. Politiktheoretische Erwägungen	42
B. Lehren aus der Vergangenheit	43
C. Präventiver Schutz künftiger Generationen	45
D. Zwischenergebnis	47

*Inhaltsverzeichnis*

§ 4 Öffentlich-rechtliche Kontrolle der Vorgaben der Schuldenbremse	47
A. (Grundgesetzliche) Sicherungsmechanismen der Schuldenbremse	48
I. Das Kontrollkonto zur Sicherung der Schuldenbremse	49
1. Überblick	49
2. Grundsatz: <i>ex post</i> Überwachung der Einhaltung der Schuldenbremse	49
3. Kontrollkonto stellt Rückführung einer zu hohen Kreditaufnahme nicht sicher	49
4. Fazit: Kontrollkonto nur bedingt wirksamer Sicherungsmechanismus	54
II. Stabilitätsrat als vorrangig politisches Gremium	55
B. Durchsetzungsschwäche des öffentlich-rechtlichen Rechtsschutzes	56
I. Mögliche Verfahrensarten	57
1. Abstrakte Normenkontrolle	57
2. Organstreitverfahren	58
3. Verfassungsbeschwerde	60
II. Urteile in haushaltsrechtlichen Streitigkeiten häufig praktisch wirkungslos	63
§ 5 Zusammenfassung des zweiten Kapitels	65
Kapitel 3: Zivilrechtliche Folgen von Verstößen gegen die Schuldenbremse	67
§ 6 Auswirkungen von Verstößen gegen die Schuldenbremse auf die Kreditverträge	68
A. Verstoß gegen die Schuldenbremse ist kein Handeln <i>ultra vires</i>	69
B. Wirksamkeit der Stellvertretung	72
I. Staatsschuldenverwaltung durch die Finanzagentur GmbH	72
II. Vertretungsmacht im Außenverhältnis unbeschränkt	73
1. Keine Beschränkung der Vertretungsmacht über das Kreditermächtigungsgesetz	74
2. Keine Beschränkung der Vertretungsmacht über Vorgaben der Schuldenbremse	79
III. Missbrauch der Vertretungsmacht	81
1. Grundlagen des Missbrauchs der Vertretungsmacht	81

2. Pflichtverletzung im Innenverhältnis	84
a) Überschreitung des Kreditermächtigungsgesetzes	85
aa) Grundsatz: Kreditaufnahme ohne Kreditermächtigungsgesetz stellt Pflichtverletzung dar	85
(1) Fehlendes Kreditermächtigungsgesetz	85
(2) Verfassungswidriges und nichtiges Kreditermächtigungsgesetz	86
(3) Die mit der Verfassung „unvereinbare“ Kreditermächtigung und Fortgeltungsanordnung	87
bb) Ausnahme: Kreditaufnahme im etatlosen Zustand	88
b) Isolierte Überschreitung der Vorgaben der Schuldenbremse	89
aa) Grundsatz: Kreditaufnahme von verfassungskonformem Kreditermächtigungsgesetz gedeckt	90
bb) Ausnahme: Kreditaufnahme im etatlosen Zustand	91
3. Offensichtlicher Missbrauch der Vertretungsmacht	92
4. Rechtsfolgen des Missbrauchs der Vertretungsmacht	94
a) Genehmigung des Rechtsgeschäfts grundsätzlich möglich	94
b) Genehmigung durch die Legislative im Rahmen der Vorgaben der Schuldenbremse	95
c) Genehmigung der Kreditverträge allein nach zeitlicher Priorität	96
d) Fortgeltungsanordnung des Bundesverfassungsgerichts	97
IV. Zusammenfassung	99
C. Die Schuldenbremse als Verbotsgesetz i.S.d. § 134 BGB	100
I. Meinungsstand in der Literatur	102
II. Bisherige Rechtsprechung unergiebig	103
III. Auslegung der Art. 109 Abs. 3, 115 Abs. 2 GG	106
1. Verfassungsnormen können Verbotsgesetze i.S.d. § 134 BGB sein	107
2. Schuldenbremse ist kein haushaltsrechtliches Innenrecht	110
3. Schuldenbremse ist ein Verbotsgesetz	113

*Inhaltsverzeichnis*

4. Verstoß gegen die Vorgaben der Schuldenbremse kann zur Nichtigkeit der Kreditverträge führen	118
a) Allgemeine Auslegungsgrundsätze zu § 134 BGB	118
b) Schuldenbremse soll zukünftige Generationen schützen	120
c) Fehlende Vorhersehbarkeit für Kreditgeber unerheblich	123
aa) Zwar: Gesamtkreditaufnahme für Kreditgeber nicht immer sicher feststellbar	124
bb) Zwar: Unterscheidung zwischen Deckungs- und Kassenkrediten für Kreditgeber nicht immer möglich	125
cc) Aber: Nichtigkeitsfolge des § 134 BGB kenntnisunabhängig	126
d) Erfordernis verlässlicher Haushaltswirtschaft steht nicht entgegen	127
e) (K)eine andere Regelung im Gesetz	130
aa) Ausnahmekreditermächtigung in Notsituationen	131
bb) Kontrollkonto	133
(1) Kontrollkonto stellt keine abschließende Regelung dar	133
(2) Kreditaufnahme im Rahmen eines (verfassungskonformen) Kreditermächtigungsgesetzes	137
(3) Kreditaufnahme außerhalb eines (verfassungskonformen) Kreditermächtigungsgesetzes	138
(a) Kreditaufnahme außerhalb eines Kreditermächtigungsgesetzes	138
(b) Kreditaufnahme basierend auf verfassungswidrigem Kreditermächtigungsgesetz	141
(c) Zwischenfazit	142
(4) Überschreitung der Vorgaben der Schuldenbremse im etatlosen Zustand	142
cc) Keine Sonderregelungen bei Nachtragshaushalten	144

dd) Konsequenz: Schwebende Unwirksamkeit der Kreditverträge	147
(1) Schwebende Unwirksamkeit ergibt sich aus dem Gesetz	148
(2) Schwebende Unwirksamkeit mit § 134 BGB vereinbar	148
f) Kontrollüberlegung: Nichtigkeitsfolge trotz erheblicher praktischer Konsequenzen	150
aa) Umlauffähigkeit von Staatsschuldtiteln nicht beeinträchtigt	150
bb) Transparenz kann Rechtsunsicherheit und negativen Ratingauswirkungen entgegenwirken	154
(1) Feststellung der zulässigen Kreditaufnahme	154
(2) Rechtsunsicherheit nur bei Missachtung des Art. 115 Abs. 1 GG	155
(3) Ansprüche aus Bereicherungsrecht begrenzen Ratingauswirkungen	156
(4) Staatliche Transparenz minimiert Risiken für Kreditgeber	158
cc) Zwischenfazit	159
5. Zwischenergebnisse	160
a) Verstoß gegen die Vorgaben der Schuldenbremse kann Nichtigkeit der Kreditverträge nach § 134 BGB bewirken	160
b) Eingeschränkte Außenwirkung von Art. 115 Abs. 1 und Art. 111 Abs. 2 GG	161
IV. Praktische Implikationen	162
1. Zuletzt abgeschlossene Kreditverträge nichtig	162
a) Keine Differenzierung nach Kreditzweck	162
b) Zeitliche Priorität im Haushaltsjahr entscheidet über Wirksamkeit	165
c) Anwendung des § 139 BGB	166
2. Umdeutung in Kassenverstärkungskredite	169
3. Bindungswirkung während des Schwebezustands	170
4. Keine Auswirkungen auf das Erfüllungsgeschäft	171
5. Keine Auswirkungen auf Deckungsgeschäfte	172
6. Zusammenfassung	172

Inhaltsverzeichnis

V. Fazit: Verstoß gegen Schuldenbremse kann Nichtigkeit nach § 134 BGB bewirken	172
D. Verstoß gegen die Schuldenbremse als Sittenverstoß i.S.d. § 138 Abs. 1 BGB	174
I. § 134 BGB ist <i>lex specialis</i>	175
II. Hilfsweise: Sittenwidrigkeit der Kreditverträge möglich	176
1. Schuldenbremse kodifiziert Belange des Allgemeinwohls	177
2. Gesamtcharakter des Rechtsgeschäfts muss sittenwidrig sein	178
3. Fazit: Verstoß gegen Schuldenbremse kann ausnahmsweise Sittenwidrigkeit begründen	181
E. Kein Wegfall der Geschäftsgrundlage	181
F. Zusammenfassung	182
§ 7 Konsequenzen der zivilrechtlichen Wirkungen der Schuldenbremse	184
A. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	184
I. Ansprüche aus Bereicherungsrecht	185
1. Bereicherungsrechtliche Ansprüche der Kreditgeber	185
a) Kein Konditionsausschluss	185
b) Keine Entreicherung des staatlichen Schuldners	188
c) Anspruch auf Nutzungsherausgabe: Zinsen	189
d) Zusammenfassung	191
2. Bereicherungsrechtliche Ansprüche des Staates	191
3. Keine doppelte Inanspruchnahme des Staates	193
II. Rechtsmissbrauch sowie Verjährung	193
1. Verjährung begrenzt Zeitpunkt der Geltendmachung des Rückforderungsanspruchs	193
2. Keine Spekulationsmöglichkeit	194
III. Zwischenergebnis	195
B. Schadensersatzansprüche der Kreditgeber	196
I. Regelmäßig keine Schadensersatzhaftung der Vertreter des Staates	196
II. Haftung des Staates aus <i>culpa in contrahendo</i> möglich	197

§ 8 Prozessrecht: Vorlage an das Bundesverfassungsgericht durch Zivilgerichte	198
A. Verfassungskonformität des Kreditermächtigungsgesetzes oder Kontrollkontogsetzes kann entscheidungserheblich sein	199
I. Kreditaufnahme im Rahmen eines (verfassungskonformen) Kreditermächtigungsgesetzes	199
II. Kreditaufnahme außerhalb eines (verfassungskonformen) Kreditermächtigungsgesetzes	200
1. Kein Kreditermächtigungsgesetz vorhanden	200
a) Offensichtlicher Missbrauch der Vertretungsmacht	200
b) Wirksamkeit des Kreditvertrages	200
2. Kreditermächtigungsgesetz deckt Kreditaufnahme der Höhe nach nicht	201
3. Kreditaufnahme basierend auf verfassungswidrigem Kreditermächtigungsgesetz	202
III. Kreditaufnahme im etatlosen Zustand	203
IV. Zusammenfassung	204
B. Konkrete Normenkontrolle wahrt Entscheidungskompetenz des Bundesverfassungsgerichts	204
I. Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte nach § 13 GVG	205
II. Konkrete Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG hinsichtlich des Kreditermächtigungs- oder Kontrollkontogsetzes	206
1. Grundsätze zur konkreten Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG	206
2. Haushaltsgesetze als Gegenstand der konkreten Normenkontrolle	207
3. Möglichkeit der Umdeutung lässt Vorlagepflicht nicht entfallen	208
4. Entscheidungserheblichkeit kann im etatlosen Zustand entfallen	208
5. Regelmäßig keine Entscheidungserheblichkeit bei Zahlungsklage eines Zweiterwerbers	209
III. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beseitigt Rechtsunsicherheit	210
IV. Zusammenfassung	211
C. Feststellung des Verfassungsverstößes entscheidend	212
D. Keine Anwendung von § 79 Abs. 2 BVerfGG (analog)	213

*Inhaltsverzeichnis*

E. Auswirkungen des öffentlich-rechtlichen Rechtsschutzes auf die zivilrechtliche Lage	215
F. Zusammenfassung	215
§ 9 Zusammenfassung des dritten Kapitels: Schuldenbremse hat Rechtsfolgen im Privatrecht	216
Kapitel 4: <i>Private enforcement</i> der Schuldenbremse	219
§ 10 Effektive Kontrolle der Schuldenbremse durch die Gläubiger	220
A. Präventive Kontrolle der Einhaltung der Schuldenbremse	220
B. Informationskosten und Rechtsunsicherheit befördern staatliche Transparenz	221
C. Fazit: Kapitalmärkte können Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse kontrollieren	222
§ 11 Anreize für die Kreditgeber zur Kontrolle und Durchsetzung der Schuldenbremse	223
A. Monetäre Anreize zur Durchsetzung der Schuldenbremse für die Kreditgeber	224
I. Drohende Verjährung der bereicherungsrechtlichen Ansprüche	224
II. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung attraktiver als Weiterveräußerung der Staatsschuldtitle auf dem Sekundärmarkt	225
III. Durchsetzung der bereicherungsrechtlichen Ansprüche als Geschäftsmodell	226
B. Intrinsische Motivation der Kreditgeber zur Durchsetzung der Schuldenbremse	227
§ 12 Fazit: <i>Private enforcement</i> der Schuldenbremse	229
Kapitel 5: Schluss	230
§ 13 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	230
Literaturverzeichnis	235

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angeführten / angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften bzw. Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AktG	Aktiengesetz
AllgM.	allgemeine Meinung
Alt.	Alternative
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Artikel 115-Gesetz	Gesetz zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes
Artikel 115-Verordnung	Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
Banz AT	Bundesanzeiger Amtlicher Teil
BayOblG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayOblGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründung / Begründer(in)
begr. v.	begründet von
BerlVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin
Beschl.	Beschluss

*Abkürzungsverzeichnis*

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BSchuWG	Gesetz zur Regelung des Schuldenwesens des Bundes
BSchuWV	Verordnung zur Übertragung von Aufgaben nach dem Bundesschuldenwesengesetz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
COVuR	COVID-19 und Recht
dass.	dasselbe
DepotG	Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren (Depotgesetz)
Defizitprotokoll	Protokoll (Nr. 12) über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung – Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft
DStR	Deutsches Steuerrecht
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
ebd.	ebenda
Econst Voice	The Economists' Voice

*Abkürzungsverzeichnis*

Ed.	Edition
EG	Europäische Gemeinschaft
EBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EL	Ergänzungslieferung
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EZB	Europäische Zentralbank
FDP	Freie Demokratische Partei
Finanzagentur GmbH	Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur-GmbH
f., ff.	folgend(e)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GVBl.	Gesetz- und Ordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Haushaltsgesetz 2021	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätze-gesetz)
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
hrsg. v.	herausgegeben von
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
i.S.d.	im Sinne des / der

*Abkürzungsverzeichnis*

i.V.m.	in Verbindung mit
insb.	insbesondere
JA	Juristische Arbeitsblätter
JfGG	Journal für Generationengerechtigkeit
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KG	Kommanditgesellschaft
KTS	KTS – Zeitschrift für Insolvenzrecht
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LG	Landgericht
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LVerfG	Landesverfassungsgericht
LVerfGE	Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder
Mot. BGB	Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches
MüKo	Münchener Kommentar
MV	Mecklenburg Vorpommern
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Nds.	Niedersachsen
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
PWW	Prütting / Wegen / Weinreich, BGB Kommentar
RegE	Regierungsentwurf
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notarzeitschrift
s. / S.	siehe / Seite(n)

sog.	sogenannte(r)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stabilitätsratsgesetz	Gesetz zur Errichtung eines Stabilitätsrates und zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen
StGH	Staatsgerichtshof
u.a.	unter anderem / und andere
Urt.	Urteil
v.	vom / von
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VertrOBFV	Anordnung über die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen
WM	Wertpapiermitteilungen. Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZDRW	Zeitschrift für Didaktik der Rechtswissenschaft
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft